



Arbeitnehmer und Rentner erneut Opfer der Haushaltskonsolidierung

In ihrer Sitzung vom 10. Oktober 2012 unter dem Vorsitz von Jean-Claude Reding haben die Mitglieder der Vollversammlung der Arbeitnehmerkammer eine erste Analyse des Haushaltsentwurfs der Regierung für das Jahr 2013 vorgenommen.

Die Arbeitnehmervertreter drücken ihrer Besorgnis über die von der Regierung beabsichtigten Zielsetzungen in der Haushaltspolitik für die nächsten Jahre aus.

Dabei ist das Haushaltsdefizit nicht dramatisch, was sogar von der Ratingagentur Fitch bestätigt wird. Fitch hält seine exzellente Bewertung der luxemburgischen kurz- und langfristigen Anleihepapiere aufrecht. Die Agentur erklärt die luxemburgische Benotung insbesondere durch die außergewöhnlich gute aktuelle Lage der öffentlichen Finanzen mit einer öffentlichen Schuld von nur 18% des BIP im Jahr 2011. Dies ist der geringste Anteil unter den Ländern mit der AAA Note. Des Weiteren spielen die Rücklagen der Sozialversicherungen in Höhe von 27% des BIP ebenfalls eine positive Rolle.

Auch gilt es hervorzuheben, dass 2013 die Einnahmen stärker steigen werden als die Ausgaben, und dass die laufenden Ausgaben ohne Weiteres durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden. Die Neuverschuldung dient also nur dazu, Investitionen zu finanzieren, die auch den künftigen Generationen dienen werden, ja für ihr Wohl sogar unerlässlich sind.

Der vermeintlich starke Anstieg der Schulden im Jahr 2013 ist aber nur zu einem Drittel auf Investitionen zurückzuführen. Der Rest dient dazu, Rücklagen zu sehr günstigen Zinsbedingungen zu schaffen, Auflagen internationaler Gremien zu erfüllen, sowie die durch die Bankenrettung bedingten Schulden zu refinanzieren.

Die Kammer erinnert auch daran, dass die luxemburgischen Zinszahlungen die zweitniedrigsten der EU sind. Die 211 Millionen Euro, die die öffentliche Hand 2011 zwecks Zinszahlungen aufwenden musste, wurden im Übrigen von den mehr als 600 Millionen Euro Einnahmen aus Zinsen und Dividenden weit übertroffen.





Vor diesem Hintergrund sieht der Haushaltsentwurf Sparmaßnahmen vor, die nicht nur überflüssig sind, sondern zudem auch das Ungleichgewicht der Lasten der Unternehmen und Privathaushalte noch verstärken.

Im Verlauf der verschiedenen Haushaltsjahre verdeutlicht sich nämlich immer mehr folgende Schieflage: Steueraufkommen und Ausgabenkürzungen werden von den Arbeitnehmern und Verbrauchern getragen, die Unternehmensgewinne wachsen jedoch schneller als die Löhne.

Auch wenn der Haushaltsentwurf eine Mindeststeuer für Betriebe vorsieht, ändert er jedoch nichts an dieser schädlichen Entwicklung, die einer Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmerhaushalte klar entgegenwirkt. Alle Sparmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer verschärfen nur noch die finanzielle Lage insbesondere der ärmeren Haushalte, die sich schon durch den Rückgang der Reallöhne seit 2011 verschlechtert hat.

Kontaktperson: M. Sylvain Hoffmann T.27 494 214 - sylvain.hoffmann@csl.lu

Luxemburg, den 17. November

Pressemitteilung N°16bis

